Politik · Abi auf 2 Seiten · 3 / 8

Die Europäische Union

Organe, Gesetzgebung, Binnenmarkt, Integration, Krisen

Stationen der Integration

Jahr	Schritt
1951	EGKS (Montanunion): Kohle und Stahl gemeinsam, Frieden durch Verflechtung
1957	Römische Verträge: EWG und Euratom, sechs Gründerstaaten
1993	Vertrag von Maastricht: Europäische Union, Binnenmarkt vollendet
1999 / 2002	Euro als Buchgeld / als Bargeld
2004	Osterweiterung um zehn Staaten
2009	Vertrag von Lissabon: mehr Rechte für das Parlament, Grundrechtecharta verbindlich
2020	Brexit: Großbritannien tritt aus, seitdem 27 Mitglieder

Im Abitur

Häufig: Wer entscheidet in der EU? Demokratiedefizit, Vertiefung oder Erweiterung, Umgang mit Krisen.

Motive

Frieden nach zwei Weltkriegen, Wohlstand durch gemeinsamen Markt, mehr Gewicht in der Welt.

Die Organe

Organ	Wer?	Aufgabe
Europäisches Parlament	720 Abgeordnete, direkt gewählt alle 5 Jahre	Gesetzgeber zusammen mit dem Rat, Haushalt, wählt die Kommission
Rat der EU (Ministerrat)	je ein Fachminister pro Staat	Gesetzgeber zusammen mit dem Parlament
Europäischer Rat	Staats- und Regierungschefs	gibt Leitlinien vor, macht keine Gesetze
Europäische Kommission	27 Kommissare, eine Präsidentin	schlägt Gesetze vor (Initiativmonopol), „Hüterin der Verträge“
EuGH	ein Richter je Staat	legt EU-Recht verbindlich aus
EZB	Frankfurt, unabhängig	Geldpolitik für den Euroraum

Verwechslungsgefahr

Europäischer Rat (Chefs), **Rat der EU** (Minister) und **Europarat** (gar kein EU-Organ, Straßburg, Menschenrechtskonvention).

Binnenmarkt

- **Vier Grundfreiheiten:** freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital.
- Vorteile: größere Märkte, mehr Wettbewerb, niedrigere Preise, Studium und Arbeit überall in der EU.
- Kritik: Druck auf Löhne und Sozialstandards, Steuerwettbewerb zwischen Staaten.
- **Schengen:** keine regelmäßigen Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedern. Seit 2015 führen Staaten immer wieder vorübergehend Kontrollen ein.
- **Handelspolitik** ist ausschließlich Sache der EU: Die Kommission verhandelt Freihandelsabkommen für alle 27 Staaten.

Euro

Nicht alle EU-Staaten haben den Euro. Die Geldpolitik ist gemeinsam, die Haushaltspolitik bleibt national.

Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

- **1.** Die Kommission legt einen Vorschlag vor.
- **2.** Parlament und Rat beraten in bis zu drei Lesungen. Meist einigen sie sich vorher informell im **Trilog** (Parlament, Rat, Kommission).
- **3.** Der Rat stimmt meist mit **qualifizierter Mehrheit** ab: 55 % der Staaten (15 von 27), die zusammen 65 % der Bevölkerung vertreten. In Steuer- und Außenpolitik gilt oft Einstimmigkeit.
- **Rechtsakte: Verordnung** gilt sofort in allen Staaten. **Richtlinie** gibt ein Ziel vor, die Staaten setzen es in eigenes Recht um.

Subsidiarität

Art. 5 EUV: Die EU handelt nur, wenn ein Ziel auf EU-Ebene besser erreicht wird als national.

Integrationsmodelle und Demokratiedefizit

Modell	Bedeutung
Staatenbund	souveräne Staaten arbeiten zusammen (intergouvernemental)
Bundesstaat	„Vereinigte Staaten von Europa“ (supranational)
Staatenverbund	BVerfG 1993: etwas dazwischen, die Staaten bleiben „Herren der Verträge“
Verschiedene Geschwindigkeiten	einige Staaten gehen voran (z. B. Euro, Schengen)

Demokratiedefizit?

Parlament ohne eigenes Initiativrecht, Kommission nicht direkt gewählt, wenig europäische Öffentlichkeit. Gegenargument: Rat ist national legitimiert, Parlament hat heute viel Macht.

Bürgerinitiative

1 Million Unterschriften aus mindestens 7 Staaten: Kommission muss sich damit befassen.

Krisen und Herausforderungen

- **Eurokrise** ab 2010: Rettungsschirme (ESM), Streit über Sparpolitik und Solidarität.
- **Migration** seit 2015: Streit über Verteilung, Reform des Asylsystems (GEAS) 2024 beschlossen.
- **Rechtsstaatlichkeit** in einzelnen Staaten (z. B. Ungarn): Verfahren nach Art. 7 EUV, Kürzung von EU-Geldern.
- **Krieg gegen die Ukraine** seit 2022: Sanktionen, Hilfen, Ukraine und Moldau sind Beitrittskandidaten. Frage: Erweiterung vs. Handlungsfähigkeit.
- **Klima:** Green Deal, Klimaneutralität bis 2050, Emissionshandel. Streit über Kosten für Industrie und Verbraucher.

Klausur-Tipp

Immer beide Ebenen nennen: Was tut die EU, was bleibt bei den Staaten?

Typische Fehler

- „Der Europäische Rat macht Gesetze“: Gesetzgeber sind Parlament und Rat der EU.
- „Das EU-Parlament kann Gesetze vorschlagen“: Das Initiativrecht hat die Kommission.
- „Richtlinie = Verordnung“: Die Richtlinie muss erst national umgesetzt werden.
- „Die EU ist ein Staat“: Sie hat nur die Zuständigkeiten, die ihr die Staaten in den Verträgen übertragen (Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung).

Bewerten

Kriterien: **Legitimität**, **Effizienz**, **Transparenz**, Wirkung für Bürger.

Weiter lernen

mehr Zettel folgen

- Mehr Überblicke gibt es kostenlos.

Alle Zettel kostenlos:

Link im Profil

von randnotiz